



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
14. Januar 2019

Dreiundsiebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 28 a)

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 17. Dezember 2018

[*aufgrund des Berichts des Dritten Ausschusses (A/73/581)*]

73/141. Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung und der vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung aller früheren Resolutionen über die Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung und der vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung, namentlich der Resolution 72/141 vom 19. Dezember 2017,

unter Hinweis auf den Weltgipfel für soziale Entwicklung, der vom 6. bis 12. März 1995 in Kopenhagen abgehalten wurde, und auf die vierundzwanzigste Sondertagung der Generalversammlung „Weltgipfel für soziale Entwicklung und der Weg danach: Soziale Entwicklung für alle in einer zunehmend globalen Welt“, die vom 26. Juni bis 1. Juli 2000 in Genf stattfand,

bekräftigend, dass die Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und das Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung¹ und die von der Generalversammlung auf ihrer vierundzwanzigsten Sondertagung verabschiedeten Weiteren Initiativen für die soziale Entwicklung² sowie ein kontinuierlicher weltweiter Dialog über Fragen der sozialen Entwicklung den grundlegenden Rahmen für die Förderung der sozialen Entwicklung für alle auf nationaler und internationaler Ebene bilden,

unter Begrüßung der Fortschritte im Hinblick auf die vollständige Durchführung der Kopenhagener Erklärung und des Aktionsprogramms durch konzertierte Maßnahmen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene und zutiefst besorgt darüber, dass die Fortschritte

¹ *Report of the World Summit for Social Development, Copenhagen, 6–12 March 1995* (United Nations publication, Sales No. E.96.IV.8), Kap. I, Resolution 1, Anlagen I und II. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum1.htm>.

² Resolution S-24/2, Anlage.



mehr als 20 Jahre nach der Abhaltung des Weltgipfels für soziale Entwicklung weiter schleppend und ungleichmäßig sind und dass weiterhin große Lücken bestehen,

sowie unter Begrüßung der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung³ in ihrer Gesamtheit, in der anerkannt wird, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist,

bekräftigend, dass es zur Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung notwendig ist, ein dauerhaftes, inklusives und ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu fördern, bessere Chancen für alle zu schaffen, Ungleichheiten in und zwischen Ländern abzubauen, den Mindestlebensstandard anzuheben und eine ausgewogene und inklusive soziale Entwicklung sowie die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu begünstigen,

in der Erkenntnis, dass die drei Kernthemen der sozialen Entwicklung, nämlich Armutsbeseitigung, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle und soziale Integration, miteinander verknüpft sind und einander verstärken und dass daher günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit alle drei Ziele gleichzeitig verfolgt werden können,

betonend, dass die Rolle der Kommission für soziale Entwicklung bei der Weiterverfolgung und Überprüfung des Weltgipfels für soziale Entwicklung und der vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung gestärkt werden muss, und unter Begrüßung des Beschlusses des Wirtschafts- und Sozialrats, dass die Kommission in Anbetracht ihrer Mandate und ihrer Erfahrung bei der Förderung einer den Menschen in den Mittelpunkt stellenden inklusiven Entwicklung über die sozialen Aspekte des vereinbarten Schwerpunktthemas des Rates Bericht erstatten wird, um zu dessen Arbeit beizutragen⁴, unter anderem indem sie Sachbeiträge zum Thema der wirksamen, ganzheitlichen und inklusiven Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung anbietet,

unter Begrüßung des Beschlusses des Wirtschafts- und Sozialrats, dass die Kommission für soziale Entwicklung auf jeder Tagung ausgehend von der Weiterverfolgung und Überprüfung des Weltgipfels für soziale Entwicklung und seiner Verbindungen zu den sozialen Dimensionen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein Schwerpunktthema behandeln und dem Rat eine maßnahmenorientierte Resolution mit Empfehlungen vorschlagen wird, um zu dessen Arbeit beizutragen, und dass das Schwerpunktthema für die Tagung 2019, das es der Kommission ermöglichen wird, zur Arbeit des Rates beizutragen, „Überwindung der Ungleichheiten und Herausforderungen für die soziale Inklusion durch steuer-, finanz- und lohnpolitische Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen“ lauten wird⁵,

unter Hinweis auf die Ministererklärung, die während des Tagungsteils auf hoher Ebene der Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats 2018 zu dem Jahresthema „Von der globalen zur lokalen Ebene: Unterstützung nachhaltiger und resilienter Gesellschaften in städtischen und ländlichen Gemeinwesen“ verabschiedet wurde, und die Ministererklärung des unter der Schirmherrschaft des Rates einberufenen hochrangigen politischen Forums über

³ Resolution 70/1.

⁴ Resolution 2016/6 des Wirtschafts- und Sozialrats, Ziff. 3.

⁵ Resolution 2018/3 des Wirtschafts- und Sozialrats, Ziff. 4 und 9.

nachhaltige Entwicklung 2018 zum Thema „Wandel zu einer zukunftsfähigen und resilienten Gesellschaft“⁶,

in Bekräftigung dessen, dass die Erklärung über das Recht auf Entwicklung⁷ unter anderem in die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und in andere maßgebliche Instrumente wie die Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung⁸, die von der Afrikanischen Union verabschiedete Agenda 2063 und die Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung⁹ Eingang gefunden hat, sowie in Bekräftigung des starken politischen Engagements, die Herausforderung der Finanzierung und der Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen in einem Geiste globaler Partnerschaft und Solidarität anzugehen,

in Bekräftigung ihrer nachdrücklichen Unterstützung einer fairen Globalisierung und der Notwendigkeit, durch Wachstum Ungleichheit zu verringern, die Armut zu beseitigen und Verpflichtungen auf Strategien und Politiken zur Förderung einer frei gewählten und produktiven Vollbeschäftigung und menschenwürdigen Arbeit für alle einzugehen, sowie bekräftigend, dass diese Strategien und Politiken wesentliche Bestandteile der einschlägigen nationalen und internationalen Politik und der nationalen Entwicklungsstrategien sein sollen, namentlich der Strategien zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut, erneut erklärend, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Ziel einer menschenwürdigen Arbeit für alle in die makroökonomische Politik integriert werden sollen, unter umfassender Berücksichtigung der Auswirkungen und der sozialen Dimension der Globalisierung, deren Nutzen und Kosten häufig ungleich verteilt sind, und in dieser Hinsicht feststellend, dass der von der Internationalen Arbeitsorganisation verfolgten Agenda für menschenwürdige Arbeit mit ihren vier strategischen Zielen eine wichtige Rolle zukommt, wenn es darum geht, das Ziel des sozialen Schutzes und der Beseitigung von Ungleichheit zu erreichen, wie in der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung bekräftigt wurde,

in der Erkenntnis, dass das Einkommensgefälle zwischen den Ländern zwar nach wie vor groß ist, jedoch schrumpft, während das Einkommensgefälle innerhalb von Ländern uneinheitliche Trends aufweist und einerseits in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen ist, während andere die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen ebenso wie auf andere Größen senken konnten, obwohl das Niveau weiter hoch ist, und nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Beseitigung der Ungleichheit in all ihren Dimensionen unerlässlich ist, um Armut zu beseitigen, die soziale Entwicklung voranzubringen und eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen,

sowie in der Erkenntnis, dass soziale Inklusion ein Mittel zur Verwirklichung sozialer Integration darstellt und von entscheidender Bedeutung dafür ist, stabile, sichere, harmonische, friedliche und gerechte Gesellschaften zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern und so ein günstiges Umfeld für Entwicklung und Fortschritt zu schaffen,

ferner in der Erkenntnis, dass die anhaltenden Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Fortschritte im Hinblick auf international vereinbarte Entwicklungsziele,

⁶ Siehe *Official Records of the General Assembly, Seventy-third Session, Supplement No. 3 (A/73/3)*, Kap. VI, Abschn. F.

⁷ Resolution 41/128, Anlage.

⁸ Resolution 69/313, Anlage.

⁹ A/63/538-E/2009/4, Anlage.

darunter die Ziele für nachhaltige Entwicklung, untergraben könnten und in vielen Ländern, insbesondere in Entwicklungsländern, die Schuldentragfähigkeit bedrohen,

tief besorgt darüber, dass in allen Ländern der Welt, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten, extreme Armut und die Feminisierung der Armut hartnäckig weiterbestehen und dass ihr Ausmaß und ihre Ausprägungen wie Hunger und Fehlernährung, Anfälligkeit für Menschenhandel, Zwangs- und Kinderarbeit, Krankheiten, Mangel an angemessenem Wohnraum und Analphabetentum in den Entwicklungsländern verstärkt anzutreffen und in den am wenigsten entwickelten Ländern besonders schlimm sind, gleichzeitig jedoch die beträchtlichen Fortschritte anerkennend, die in verschiedenen Teilen der Welt bei der Bekämpfung der extremen Armut erzielt wurden,

betonend, wie wichtig es ist, die Hindernisse zu beseitigen, die sich der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, insbesondere der unter Kolonialherrschaft oder anderen Formen der Fremdherrschaft oder ausländischer Besetzung lebenden Völker, entgegenstellen und die sich nachteilig auf ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung auswirken, wozu auch ihr Ausschluss von den Arbeitsmärkten gehört,

sowie betonend, wie wichtig es ist, im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen gerechten und dauerhaften Frieden weltweit herbeizuführen, alle Anstrengungen zur Wahrung der souveränen Gleichheit aller Staaten zu unterstützen, ihre territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit zu achten und in den internationalen Beziehungen jede mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

feststellend, dass Terrorismus, Waffenhandel, organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Geldwäsche, ethnische und religiöse Konflikte, Bürgerkrieg, politische Morde und Völkermord es den Staaten und Gesellschaften zunehmend erschweren, der sozialen Entwicklung, einschließlich der Verringerung von Ungleichheit, förderliche Bedingungen zu schaffen, und dass sie ferner dringende und zwingende Gründe für die Regierungen sind, einzeln und gegebenenfalls gemeinsam tätig zu werden, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und gleichzeitig die Vielfalt anzuerkennen, zu schützen und zu schätzen,

sowie in Anerkennung aller kürzlich unternommenen Anstrengungen zur Förderung einer sinnvollen und inklusiven Mitwirkung Jugendlicher am Aufbau ihrer Gesellschaften, darunter die Einberufung des ersten Weltjugendforums vom 4. bis 10. November 2017 in Scharm esch-Scheich (Ägypten) als Diskussionsplattform für Jugendliche aus aller Welt,

mit Besorgnis feststellend, dass laut dem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation *Global Employment Trends for Youth 2017* (Globale Beschäftigungstrends für Jugendliche 2017) die Jugendarbeitslosigkeit trotz einer bescheidenen wirtschaftlichen Erholung nach wie vor hoch ist und die Beschäftigungsqualität nach wie vor Anlass zu Sorge gibt und dass junge Menschen dreimal häufiger als Erwachsene arbeitslos sind, was ein ernstes globales Problem darstellt,

anerkennend, dass seit dem Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen Fortschritte bei der Berücksichtigung und Förderung der sozialen Integration erzielt worden sind, so auch durch die Annahme des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern 2002¹⁰, des Weltaktionsprogramms für die Jugend¹¹, des Übereinkommens über die

¹⁰ *Report of the Second World Assembly on Ageing, Madrid, 8–12 April 2002* (United Nations publication, Sales No. E.02.IV.4), Kap. I, Resolution 1, Anlage II. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/conf/altern/ac197-9.pdf>.

¹¹ Resolution 50/81, Anlage, und Resolution 62/126, Anlage.

Rechte von Menschen mit Behinderungen¹², der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker¹³ und der Erklärung und Aktionsplattform von Beijing¹⁴,

unter Begrüßung der Internationalen Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung (2015-2024), in deren Rahmen die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert werden, die soziale Entwicklung der Menschen afrikanischer Abstammung, insbesondere der Frauen und Mädchen, zu fördern, indem sie jede Form von Diskriminierung ausmerzen, den Zugang zu einer hochwertigen Bildung gewährleisten und Herausforderungen und spezifische Risiken für die Gesundheit beseitigen,

in Bekräftigung der Verpflichtung auf die Förderung der Rechte der indigenen Völker in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnungswesen, Sanitärversorgung, Gesundheit, sozialer Schutz und soziale Sicherheit und feststellend, dass diesen Bereichen in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker Aufmerksamkeit entgegengebracht wird,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs¹⁵;
2. *begrüßt* es, dass die Regierungen ihren Willen und ihre Entschlossenheit zur weiteren Umsetzung der Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und des Aktionsprogramms des Weltgipfels für soziale Entwicklung¹ bekräftigt haben, insbesondere zur Förderung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, zur Beseitigung der Armut, zur Förderung einer produktiven Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle und zur Förderung der sozialen Integration mit dem Ziel, stabile, sichere und gerechte Gesellschaften für alle Menschen zu schaffen, und ist sich dessen bewusst, dass die Umsetzung der in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen und die Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele einander verstärken;
3. *bekräftigt* ihre Verpflichtung, sich unermüdlich für die volle Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung³ einzusetzen, und ihre Erkenntnis, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung darstellt und eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, eine nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen – in ausgewogener, ganzheitlicher und integrierter Weise herbeizuführen;
4. *erkennt an*, dass Armut ein vielschichtiges Phänomen ist, und bittet die Mitgliedstaaten, umfassende, integrierte und kohärente Strategien zur Armutsbekämpfung zu entwickeln, die wirksam an den strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit ansetzen und dabei Gewicht auf ein beschäftigungsintensives Wachstum legen, die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse der in Armut lebenden Menschen anzugehen und zu befriedigen, ihren Zugang zu hochwertiger Bildung, Ernährung, Gesundheit, Wasser, sanitären Einrichtungen, Wohnraum und sonstigen öffentlichen sozialen Dienstleistungen, Zugang zu Beschäftigung und zu menschenwürdiger Arbeit für alle sowie Zugang zu Produktionsmitteln wie Darlehen, Grund und Boden, Ausbildung, Technologie und Wissen sicherzustellen

¹² United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2515, Nr. 44910. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2008 II S. 1419; öBGBI. III Nr. 155/2008; AS 2014 1119.

¹³ Resolution 61/295, Anlage.

¹⁴ *Report of the Fourth World Conference on Women, Beijing, 4–15 September 1995* (United Nations publication, Sales No. E.96.IV.13), Kap. I, Resolution 1, Anlagen I und II. In Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/beij_bericht.html.

¹⁵ A/73/214.

und ihre Mitwirkung an der Entscheidungsfindung zu den diesbezüglichen Politiken und Programmen für soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten;

5. *hebt hervor*, dass die großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen, darunter der Millenniums-Gipfel, die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in ihrem Konsens von Monterrey¹⁶, der Weltgipfel 2005, die Internationale Folgekonferenz über Entwicklungsfinanzierung zur Überprüfung der Umsetzung des Konsenses von Monterrey in ihrer Erklärung von Doha über Entwicklungsfinanzierung¹⁷, die Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele, die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, die Sonderveranstaltung 2013 zur Weiterverfolgung der Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, die dritte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in ihrer Aktionsagenda von Addis Abeba⁸ und das Gipfeltreffen der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda, den Vorrang und die Dringlichkeit der Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen im Rahmen der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen bekräftigt haben;

6. *erkennt an*, dass die derzeitige Situation der Ernährungsunsicherheit, einschließlich der starken Schwankungen der Nahrungsmittelpreise, ein komplexes Phänomen ist, in dem mehrere wichtige Faktoren struktureller wie konjunktureller Art zusammentreffen und das unter anderem auch durch Umweltzerstörung, Dürren und Wüstenbildung, den globalen Klimawandel, Naturkatastrophen, das Fehlen der benötigten Technologie und bewaffnete Konflikte negativ beeinflusst wird, und anerkennt außerdem, dass ein starkes Engagement seitens der einzelstaatlichen Regierungen und der gesamten internationalen Gemeinschaft erforderlich ist, um die großen Bedrohungen für die Ernährungssicherung anzugehen und sicherzustellen, dass agrarpolitische Maßnahmen weder den Handel verzerren noch die Ernährungsunsicherheit verschärfen;

7. *bekräftigt*, wie wichtig es ist, den Entwicklungsrahmen der Afrikanischen Union, die Agenda 2063 samt ihrem Zehnjahres-Aktionsplan, als einen strategischen Rahmen für die Gewährleistung eines positiven sozioökonomischen Wandels in Afrika während der nächsten 50 Jahre, der sich als Langzeitstrategie der Afrikanischen Union auf Industrialisierung, Jugendbeschäftigung, eine bessere Aufsicht über die natürlichen Ressourcen und den Abbau von Ungleichheiten konzentriert, sowie ihr in den Resolutionen der Generalversammlung über die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas¹⁸ verankertes kontinentweites Programm sowie Regionalinitiativen wie das Umfassende Programm zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft zu unterstützen;

8. *betont*, dass die Früchte des Wirtschaftswachstums alle einschließen und gerechter verteilt werden sollen und dass umfassende sozialpolitische Maßnahmen und Programme, einschließlich geeigneter Sozialtransfer- und Beschäftigungsprogramme und Sozialschutzsysteme, benötigt werden, um die Lücke der Ungleichheit zu schließen und eine weitere Vertiefung der Ungleichheit zu vermeiden;

9. *bekräftigt*, dass die Politik der sozialen Integration danach streben soll, Ungleichheiten zu verringern, den Zugang zu sozialen Grunddiensten, Bildung für alle und Gesundheitsversorgung zu fördern, die Diskriminierung zu beseitigen, die Teilhabe und die

¹⁶ *Report of the International Conference on Financing for Development, Monterrey, Mexico, 18–22 March 2002* (United Nations publication, Sales No. E.02.II.A.7), Kap. I, Resolution 1, Anlage. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/conf/ac198-11.pdf>.

¹⁷ Resolution 63/239, Anlage.

¹⁸ A/57/304, Anlage.

Integration gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der jungen Menschen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen, zu erhöhen, auch in Anbetracht der Rolle des Sports in dieser Hinsicht, und die Herausforderungen zu bewältigen, die sich der sozialen Entwicklung infolge der Globalisierung und marktorientierter Reformen entgegenstellen, damit alle Menschen in allen Ländern Nutzen aus der Globalisierung ziehen können;

10. *betont*, dass ein förderliches Umfeld eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und sozialer Entwicklung ist, dass Wirtschaftswachstum zwar unverzichtbar ist, jedoch tief verwurzelte Ungleichheit und Marginalisierung ein Hindernis für das umfassende und dauerhafte Wachstum darstellen, das für eine nachhaltige, inklusive und den Menschen in den Mittelpunkt stellende Entwicklung notwendig ist, und erkennt an, dass zwischen Maßnahmen zur Erzielung von Wachstum und Maßnahmen zur Erzielung von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und Inklusion ein Gleichgewicht hergestellt sowie dafür gesorgt werden muss, dass sie einander ergänzen, damit die Armut insgesamt wirksam verringert werden kann;

11. *unterstützt* die Entwicklung vertikaler und horizontaler Modelle zur Verteilung von Finanzmitteln, um Ungleichheiten zwischen subnationalen Gebieten, innerhalb städtischer Zentren und zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu verringern und eine integrierte und ausgewogene Raumentwicklung zu fördern, und betont, wie wichtig es ist, die Transparenz der Informationen über Ausgaben und Mittelzuweisungen als Instrument zur Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und räumlicher Integration zu verbessern;

12. *erkennt an*, dass sich Investitionen in Humankapital und Sozialschutz bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit als wirksam erwiesen haben, und fordert die Mitgliedstaaten auf, innovative Finanzierungsquellen zu erschließen, auch durch öffentlich-private Partnerschaften, um ein Niveau an Sozialausgaben zu gewährleisten, das ausreicht, um einem allgemeinen Zugang zu Gesundheit, Bildung, Innovationen, neuen Technologien und grundlegendem Sozialschutz näherzukommen und das Problem der illegalen Finanzströme und der Korruption anzugehen;

13. *betont*, dass der internationale Handel und stabile Finanzsysteme wirksame Instrumente zur Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung aller Länder sein können und dass Handelsschranken und bestimmte Handelspraktiken nach wie vor das Beschäftigungswachstum hemmen, vor allem in Entwicklungsländern, dass gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene und die Notwendigkeit, die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern, unerlässlich für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung, die Verringerung von Ungleichheiten, die Beseitigung von Armut, Hunger und Fehlnährung und die Befriedigung der drängendsten sozialen Bedürfnisse der in Armut lebenden Menschen sind, und betont in diesem Zusammenhang außerdem, wie wichtig wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, der Inklusion und der sinnvollen Teilhabe für die Umsetzung des Ergebnisses des Weltgipfels für soziale Entwicklung sind;

14. *ist sich dessen bewusst*, dass Ungleichheiten in und zwischen Ländern fortbestehen und erhebliche Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt darstellen, bekräftigt, dass die Beseitigung der Armut, die Förderung des Wohlstands, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung aller Frauen und Mädchen sowie die Verringerung der Ungleichheit in und zwischen Ländern für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung für alle von grundlegender Bedeutung sind und dass dies kollektive und transformative Anstrengungen erfordert, um niemanden zurückzulassen und diejenigen, die am weitesten zurückliegen, an die erste Stelle zu setzen und Institutionen und Politiken anzupassen, um der Vielschichtigkeit von Ungleichheit und Armut und den inhärenten Verbindungen zwischen

verschiedenen Zielen und Zielvorgaben der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen, und

Ungleichheit beim Zugang zu Chancen

a) fordert in dieser Hinsicht die Regierungen, die internationale Gemeinschaft und andere maßgebliche Akteure auf, Chancengleichheit zu gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse zu reduzieren, namentlich durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger diesbezüglicher Maßnahmen;

b) legt den Regierungen und der internationalen Gemeinschaft nahe, aus den Erfahrungen und bewährten Verfahren zu lernen, mit denen Ungleichheiten erfolgreich verringert wurden, und eine angemessene Kombination von Maßnahmen anzunehmen, darunter makroökonomische, fiskalische, lohn-, beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Maßnahmen zur Förderung von finanzieller Inklusion und von Sozialschutz, die sich bei der Förderung von inklusivem Wachstum und der schrittweisen Verringerung von Ungleichheit bei Chancen und beim Zugang zu grundlegenden Diensten als wirksam erwiesen haben, und Synergien zwischen diesen Maßnahmen zu gewährleisten;

c) fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Sozialpolitik zu stärken und dabei gegebenenfalls besondere Aufmerksamkeit auf die spezifischen Bedürfnisse benachteiligter und marginalisierter sozialer Gruppen, darunter Frauen, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit HIV/Aids, ältere Menschen, indigene Völker, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Migrantinnen und Migranten und andere Menschen in prekären Situationen, zu richten und gegen alle Formen von gegen diese Personen gerichteter Gewalt in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, darunter häusliche Gewalt, und Diskriminierung, einschließlich Fremdenfeindlichkeit, vorzugehen, um sicherzustellen, dass diese Gruppen nicht zurückgelassen werden, und ist sich dessen bewusst, dass Gewalt die Herausforderungen verstärkt, denen sich die Staaten und die Gesellschaften bei der Armutsbeseitigung und der Verwirklichung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle und der sozialen Integration gegenübersehen;

d) bekräftigt die Verpflichtung auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Mädchen und Frauen sowie auf die durchgängige Integration einer Geschlechterperspektive in alle Entwicklungsanstrengungen, da sie sich dessen bewusst ist, wie entscheidend wichtig diese Prozesse sind, um eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen, Hunger und Fehlernährung, Armut und Krankheit zu bekämpfen und Politiken und Programme zu stärken, die die volle Teilhabe der Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens verbessern, gewährleisten und ausweiten und den Zugang von Frauen zu allen für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten erforderlichen Ressourcen verbessern, indem fortbestehende Barrieren beseitigt und für die Beseitigung aller gegen Frauen gerichteten Formen von Diskriminierung, auch am Arbeitsplatz, ausreichende Mittel zugewiesen werden und dadurch unter anderem Lohnungleichheit bekämpft und ein gleichberechtigter Zugang zu produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Männer wie Frauen und die Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen sichergestellt werden;

e) erkennt an, dass die Teilhabe junger Menschen für die Entwicklung wichtig ist, und fordert die Mitgliedstaaten und die Institutionen der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, im Benehmen mit Jugendorganisationen und von Jugendlichen geführten und auf Jugendliche ausgerichteten Organisationen neue Wege zu einer vollen, wirksamen, strukturierten und nachhaltigen Teilhabe junger Menschen und von Jugendlichen geführter Organisationen an den einschlägigen Entscheidungsprozessen und Überwachungstätigkeiten in

allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens zu erkunden und zu fördern, so auch bei der Erarbeitung und Umsetzung von Politiken, Programmen und Initiativen, insbesondere bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung;

Ungleichheit beim Zugang zu grundlegenden Diensten

f) bekräftigt das Recht auf Bildung und ruft die internationale Gemeinschaft auf, einen allgemeinen Zugang zu inklusiver, gleichberechtigter und nichtdiskriminierender hochwertiger Bildung auf allen Ebenen – frühkindliche, Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung sowie Fernunterricht, einschließlich Fach- und Berufsausbildung – zu bieten und den Abschluss einer Grund- und Sekundarschulbildung zu fördern, damit alle Menschen Zugang zu Möglichkeiten des lebenslangen Lernens haben, um sich das Wissen und die Fertigkeiten anzueignen, die sie benötigen, um Chancen zu nutzen und so uneingeschränkt an der Gesellschaft teilhaben und zur nachhaltigen Entwicklung beitragen zu können;

g) erkennt an, dass Investitionen in erheblicher Höhe effizient eingesetzt werden müssen, um die Qualität der allgemeinen und der beruflichen Bildung zu verbessern und Millionen von Menschen den Erwerb von Qualifikationen für eine menschenwürdige Arbeit zu ermöglichen, und nimmt mit Anerkennung Kenntnis von dem Bericht der Internationalen Kommission zur Finanzierung globaler Bildungschancen und von den darin enthaltenen Empfehlungen, soweit anwendbar;

h) fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, das Recht der Frauen und Mädchen, insbesondere der unterversorgtesten, auf Bildung während ihres gesamten Lebensverlaufs und auf allen Ebenen zu fördern und zu achten, geschlechtsbedingte Disparitäten beim Zugang zu allen Bereichen der Sekundar- und Hochschulbildung zu beseitigen, die Finanzkompetenz und -inklusion, digitale Kompetenz und Unternehmertum zu fördern und sicherzustellen, dass Frauen und Mädchen gleichberechtigten Zugang zu Laufbahnentwicklung, Aus- und Fortbildung und Stipendien erhalten, und durch Fördermaßnahmen die Führungskompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten von Frauen und Mädchen auszubauen sowie Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit von Frauen und Mädchen im schulischen Umfeld zu fördern, zu achten und zu garantieren und um Frauen und Mädchen mit Behinderungen auf allen Bildungs- und Ausbildungsebenen zu unterstützen;

i) erkennt an, dass die Regierungen die Verantwortung dafür tragen, die Maßnahmen zur Beschleunigung des Übergangs zu einem allgemeinen Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Gesundheitsversorgung dringend und deutlich zu verstärken, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Fortschritte im Hinblick auf das Ziel einer allgemeinen Gesundheitsversorgung zu beschleunigen, was bedeutet, dass alle Menschen ohne jegliche Diskriminierung gleichberechtigten Zugang zu einem auf nationaler Ebene festgelegten Katalog notwendiger und hochwertiger Basisgesundheitsdienste im Bereich der Gesundheitsförderung, der Prävention, der Heilung, der Rehabilitation und der Palliativversorgung sowie zu unentbehrlichen, sicheren, erschwinglichen, wirksamen und hochwertigen Medikamenten haben, und dass gleichzeitig sichergestellt ist, dass den Nutzerinnen und Nutzern, insbesondere den armen, schwächeren und marginalisierten Teilen der Bevölkerung, durch die Inanspruchnahme dieser Dienste und Medikamente keine finanziellen Härten entstehen;

Ungleichheit beim Zugang zu Ernährung und Nahrung

j) bekräftigt das Recht auf Nahrung und erkennt an, wie wichtig die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft ist, und fordert die Regierungen, eingedenk dessen, dass familienbetriebene Landwirtschaft und kleinbäuerliche Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und zur Verringerung von Ungleichheit beim Zugang zu Ernährung und Nahrung leisten können, auf, sicherzustellen, dass alle Menschen, insbesondere

die Armen und Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kleinkindern, ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben;

k) appelliert an die Regierungen, alle Formen der Fehlernährung zu beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung zu tragen;

l) fordert die Regierungen auf, die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere von Frauen, Angehörigen indigener Völker, landwirtschaftlichen Familienbetrieben, Weidetierhaltern und Fischern, zu verdoppeln, unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung;

Ungleichheit beim Zugang zum Sozialschutz

m) fordert die Regierungen nachdrücklich auf, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen einen für das jeweilige Land angemessenen Sozialschutz, der die Teilhabe am Arbeitsmarkt unterstützt und Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung entgegenwirkt und diese verringert, sowie Sozialschutzsysteme und einen sozialen Basisschutz aufzubauen, unter anderem durch die Straffung fragmentierter Sozialschutzsysteme und -programme, und dabei zu gewährleisten, dass diese Programme geschlechter- und behinderungssensibel sind, und ihre Reichweite schrittweise auf alle Menschen während ihres gesamten Lebensverlaufs auszuweiten, auch auf die Arbeitskräfte in der Schattenwirtschaft, bittet die Internationale Arbeitsorganisation, die Regierungen auf Ersuchen in ihren Anstrengungen zu unterstützen, Sozialschutzstrategien und ihre Politik zur Ausweitung des Sozialschutzes und der sozialen Sicherheit zu verstärken, fordert die Regierungen nachdrücklich auf, sich unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten auf die Bedürfnisse derjenigen zu konzentrieren, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, und besonderes Augenmerk auf den allgemeinen Zugang zu Basissystemen der sozialen Sicherheit zu legen, namentlich durch die Verwirklichung eines sozialen Basisschutzes, wodurch eine systemische Grundlage für die Bekämpfung von Armut und sozialer Gefährdung geschaffen werden kann, und nimmt in dieser Hinsicht Kenntnis von der Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend den sozialen Basisschutz;

Ungleichheit beim Zugang zu Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit

n) fordert die Regierungen nachdrücklich auf, mit allen maßgeblichen Interessenträgern eng zusammenzuarbeiten, um ein für die Eröffnung neuer Beschäftigungschancen förderliches Umfeld zu schaffen und ausgehend von den nationalen Entwicklungszielen Strategien zur Erschließung der Humanressourcen zu entwickeln, die eine starke Verbindung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, Gesundheit und Beschäftigung gewährleisten, dazu beitragen, einen produktiven und wettbewerbsfähigen Arbeitskräftebestand zu erhalten, und auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft eingehen;

o) betont, dass die Herausforderungen bewältigt werden müssen, denen sich diejenigen, die in informellen oder unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, gegenübersehen, indem in die Schaffung von mehr menschenwürdigen Beschäftigungschancen investiert wird, so auch durch die Eröffnung des Zugangs zu menschenwürdiger Beschäftigung im formalen Sektor im Einklang mit der Empfehlung Nr. 204 der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft, und die Produktionskapazität der Menschen gesteigert wird, und dass die Arbeitnehmerinstitutionen

und die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gestärkt und dabei die besonderen Gegebenheiten eines jeden Landes berücksichtigt und enge Partnerschaften mit den maßgeblichen Interessenträgern gefördert werden müssen;

p) fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, gegebenenfalls die Autorität und Kapazität nationaler Mechanismen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen auf allen Ebenen zu stärken, die auf möglichst hoher staatlicher Ebene angesiedelt und mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sein sollen, und über alle zuständigen nationalen und lokalen Institutionen hinweg, einschließlich staatlicher Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzbehörden, die Geschlechterperspektive systematisch zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die innerstaatliche Planung, Entscheidungsfindung, Politikformulierung und -umsetzung, die nationalen Haushaltsverfahren und institutionellen Strukturen zur Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frau in einer Arbeitswelt im Wandel beitragen;

q) fordert die Mitgliedstaaten außerdem nachdrücklich auf, die hohen Raten der Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, unsicheren Beschäftigung und informellen Beschäftigung Jugendlicher und der jungen Menschen anzugehen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, indem sie eine gezielte und integrierte lokale und nationale Jugendbeschäftigungspolitik ausarbeiten und umsetzen, die darauf ausgerichtet ist, inklusive, nachhaltige und innovative Arbeitsplätze zu schaffen, die Beschäftigungsfähigkeit, die Qualifikationen und die Berufsausbildung zu verbessern, um den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben zu erleichtern und die Aussichten für die Integration der Jugendlichen in den nachhaltigen Arbeitsmarkt zu verbessern, und indem sie die unternehmerische Initiative stärken, so auch durch die Entwicklung von Netzwerken junger Unternehmerinnen und Unternehmer auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, in denen das Wissen junger Menschen um ihre Rechte und Pflichten in der Gesellschaft gefördert wird, und legt den Mitgliedstaaten nahe, in Bildung zu investieren, lebenslanges Lernen zu unterstützen und für alle Jugendlichen Sozialschutz bereitzustellen sowie die Geber, die spezialisierten Institutionen der Vereinten Nationen und den Privatsektor zu ersuchen, den Mitgliedstaaten weiter nach Bedarf Hilfe, einschließlich technischer und finanzieller Unterstützung, zu gewähren;

r) erkennt an, dass die Förderung von Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle auch Investitionen in die Bildung, Ausbildung und Qualifizierung von Frauen und Männern wie auch von Mädchen und Jungen, die Stärkung der Sozialschutz- und Gesundheitssysteme und die Anwendung der internationalen Arbeitsnormen erfordert, und fordert die Staaten und, soweit angebracht, die zuständigen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen und die internationalen und regionalen Organisationen im Rahmen ihres jeweiligen Mandats sowie die Zivilgesellschaft, den Privatsektor, die Arbeitgeberorganisationen, die Gewerkschaften, die Medien und andere maßgebliche Akteure nachdrücklich auf, auch weiterhin Politiken, Strategien und Programme zu erarbeiten und zu stärken, die insbesondere die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen und Jugendlichen verbessern und ihren Zugang zu produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle gewährleisten, namentlich durch besseren Zugang zu schulischen und außerschulischen Bildungsmöglichkeiten, Qualifizierung und Berufsbildung, lebenslangem Lernen und Umschulung sowie Fernunterricht, unter anderem in Informations- und Kommunikationstechnologie und unternehmerischen Kompetenzen, insbesondere in den Entwicklungsländern, unter anderem mit dem Ziel, die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Frauen in ihren verschiedenen Lebensphasen zu stärken;

Ungleichheit beim Zugang zu Technologie

s) erkennt an, dass zwischen Ländern und Regionen sowie zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, insbesondere Afrika und den am wenigsten entwickelten

Ländern, eine erhebliche digitale Kluft besteht, und fordert die politischen Verantwortlichen und die Regulierungsbehörden nachdrücklich auf, zusammenzuarbeiten, um den Menschen einen erschwinglichen Zugang zu Technologien, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien sowie digitaler Fertigkeiten, zu verschaffen, indem sie wirksame, mehrere Ebenen umfassende öffentlich-private Partnerschaften eingehen, mit dem Ziel, Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung im Wege einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit voranzubringen;

Ungleichheit beim Zugang zu Infrastruktur

t) erkennt an, dass nach wie vor bedeutende Ungleichheiten im Bereich der Umwelt und der Infrastruktur bestehen, wobei die weitaus meisten der in Armut lebenden Menschen unter den Auswirkungen von Umweltverschmutzung, Klimaänderungen und Umweltzerstörung leiden, fordert die internationale Gemeinschaft, namentlich die Mitgliedstaaten, auf, auch weiterhin ehrgeizige Anstrengungen zu unternehmen, um inklusivere, gerechtere, ausgewogenere, stabilere und stärker entwicklungsorientierte nachhaltige sozioökonomische Konzepte zur Überwindung der Armut anzustreben, und betont in Anbetracht der nachteiligen Auswirkungen der Ungleichheit, einschließlich der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, auf die Armut, wie wichtig ein Strukturwandel ist, der zu einer inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verringerung der Armut führt, und wie wichtig Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft und in eine hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und des menschlichen Wohls mit Schwerpunkt auf dem erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang für alle sind und wie wichtig eine stärkere Vernetzung, die Verwirklichung des Energiezugangs, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen und die Förderung menschenwürdiger ländlicher Beschäftigung, die Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Bildung, die Förderung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, unter anderem durch einen beschleunigten Übergang zu einem gleichberechtigten Zugang zu allgemeiner Gesundheitsversorgung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung aller Frauen und Mädchen, die Ausweitung des Sozialschutzes, die Abschwächung der Klimaänderungen und die Anpassung daran und die Bekämpfung von Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung sind;

u) begrüßt die Abhaltung des dritten Globalen Infrastrukturforums am 13. Oktober 2018 in Bali (Indonesien) und erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass, wie in der Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung dargelegt, ein größeres Spektrum von Stimmen, insbesondere aus den Entwicklungsländern, gehört werden soll, um vor allem auch in afrikanischen Ländern Infrastruktur- und Kapazitätslücken zu ermitteln und zu schließen, und dass das Forum Möglichkeiten für Investitionen und Zusammenarbeit aufzeigen und darauf hinarbeiten sollte, sicherzustellen, dass Investitionen ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig sind;

Räumliche Ungleichheit zwischen Stadt und Land

v) ist sich dessen bewusst, dass Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung abzuwenden und auszugleichen, und ist sich außerdem dessen bewusst, dass es erforderlich ist, einer Finanzinfrastruktur Vorrang zu geben, die Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen, Unternehmergenossenschaften und anderen Formen sozialer Unternehmen Zugang zu einer Vielfalt nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen verschafft, und in eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung zu investieren und dazu beizutragen, so auch durch die Steigerung der Produktivität von Kleinerzeugern durch Maßnahmen zur Mobilisierung verantwortungsbewusster Privatinvestitionen, die Verbesserung der Qualität und Quantität ländlicher Beratungsdienste und des Zugangs zu den notwendigen Ressourcen, Vermögenswerten, Märkten und

landwirtschaftlichen Querschnittstechnologien und die Förderung der Teilhabe und der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen, einschließlich Kleinbäuerinnen, als Mittel zur Förderung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, und besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere in ländlichen Gebieten, zu richten und ihre sichere Interaktion mit größeren wirtschaftlichen Trägern zu gewährleisten;

w) bekräftigt die Neue Urbane Agenda¹⁹, die Städte und menschliche Siedlungen vorsieht, die ihre soziale Funktion erfüllen, einschließlich der sozialen und ökologischen Funktion von Grund und Boden, mit dem Ziel, schrittweise die vollständige und diskriminierungsfreie Verwirklichung des Rechts auf angemessenen Wohnraum als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, den universellen Zugang zu einer sicheren und bezahlbaren Trinkwasser- und Sanitärversorgung sowie den gleichen Zugang für alle zu öffentlichen Gütern und hochwertigen Dienstleistungen in Bereichen wie Ernährungssicherheit und Ernährung, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Mobilität und Verkehr, Energie, Windenergie, Luftqualität und Sicherung der Existenzgrundlagen zu erreichen;

x) ermutigt die Mitgliedstaaten, eine Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die nach Bedarf die Schaffung von landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen unterstützt, insbesondere von arbeitsintensiven Arbeitsplätzen mit höherer Produktivität in Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen, und ist sich dessen bewusst, dass eine Politik der Umverteilung von Grund und Boden und ein verbesserter Zugang zu formellen Kreditmärkten durch eine stärkere finanzielle Inklusion sowie Maßnahmen für einen Strukturwandel, die zur Verlagerung von Arbeitskräften in hochproduktive Bereiche der Verarbeitungsindustrie und des Dienstleistungssektors beitragen, von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Gegebenheiten und Rechtsvorschriften in Betracht gezogen werden können;

Ungleichheit im Bereich der Umwelt

y) ist sich dessen bewusst, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels und von Umweltkatastrophen unterschiedliche Folgen haben, wobei Menschen in prekären Situationen, arme und ländliche Gemeinschaften und Länder mit niedrigem Einkommen Überschwemmungen, Dürren und anderen Naturkatastrophen unverhältnismäßig stark ausgesetzt sind und über geringere Kapazitäten und Ressourcen verfügen, sich von solchen externen Schocks zu erholen, und bekundet ihre Besorgnis darüber, dass der Klimawandel hohe und stark schwankende Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise verursachen kann, die diese Menschen am stärksten treffen;

z) anerkennt den wichtigen Zusammenhang zwischen internationaler Migration und sozialer Entwicklung und betont, wie wichtig es ist, das Arbeitsrecht in Bezug auf die Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitnehmerinnen und Wanderarbeitnehmern, unter anderem soweit sie deren Entlohnung, die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz und das Recht auf Vereinigungsfreiheit betreffen, wirksam durchzusetzen;

Akteure der sozialen Entwicklung

15. *bekräftigt*, dass soziale Entwicklung die aktive Einbeziehung aller Akteure, einschließlich der Organisationen der Zivilgesellschaft, der Unternehmen, des öffentlichen Sektors und der Kleinbetriebe, in den Entwicklungsprozess erfordert und dass Partnerschaften zwischen allen maßgeblichen Akteuren innerhalb von Ländern immer mehr ein Teil der

¹⁹ Resolution 71/256, Anlage.

nationalen und internationalen Zusammenarbeit im Dienste der sozialen Entwicklung werden, bekräftigt außerdem, dass innerhalb von Ländern die Partnerschaften zwischen der Regierung, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor wirksam zur Erreichung der sozialen Entwicklungsziele beitragen können, und anerkennt die Rolle des öffentlichen und des privaten Sektors als Arbeitgeber und Wegbereiter für die wirksame Mobilisierung neuer Investitionen und die produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, so auch durch Partnerschaften mit dem System der Vereinten Nationen, der Zivilgesellschaft und Hochschulen;

16. *betont*, wie wichtig es ist, dass die einzelstaatlichen Regierungen politischen Handlungsspielraum und Führungsverantwortung bei der Umsetzung der Maßnahmen für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung haben, gleichzeitig aber auch den einschlägigen internationalen Regeln und Verpflichtungen folgen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte sowie bei den Sozialausgaben und Sozialschutzprogrammen, und fordert die internationalen Finanzinstitutionen und Geber auf, die Entwicklungsländer bei ihrer sozialen Entwicklung im Einklang mit ihren nationalen Prioritäten und Strategien zu unterstützen, unter anderem indem sie ihnen im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung Schuldenerleichterungen gewähren;

17. *unterstreicht* die Verantwortung des Privatsektors auf nationaler wie auf internationaler Ebene, einschließlich kleiner, großer und transnationaler Unternehmen, und zwar nicht nur hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten, sondern auch hinsichtlich deren Auswirkungen auf die Entwicklung, die Gesellschaft, die Gleichstellung der Geschlechter und die Umwelt sowie hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihres Beitrags zur Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich sozialer Entwicklung, betont, dass transnationale und andere Unternehmen Verantwortung dafür tragen, die Menschenrechte, die anwendbaren Rechtsvorschriften und die internationalen Grundsätze und Standards zu achten, transparent und sozial und ökologisch verantwortungsbewusst zu handeln und das Wohlergehen der Menschen nicht zu beeinträchtigen, und betont außerdem, dass es geboten ist, weitere konkrete Maßnahmen in Bezug auf die unternehmerische Verantwortung und Rechenschaftspflicht zu ergreifen, namentlich unter Beteiligung aller maßgeblichen Interessenträger, um unter anderem Korruption zu verhüten oder strafrechtlich zu verfolgen, und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern;

18. *betont*, wie wichtig die Stabilität der globalen Finanzsysteme und eine solide nationale Wirtschaftspolitik ist, um ein günstiges internationales Umfeld zur Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Entwicklung zu schaffen, und betont ferner, wie wichtig die Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung und Rechenschaftspflicht der Unternehmen ist, ermutigt zu einer verantwortungsvollen unternehmerischen Praxis, wie sie beispielsweise über den Globalen Pakt und durch die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen „Schutz, Achtung und Abhilfe“²⁰ gefördert wird, bittet den Privatsektor, nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen seiner Tätigkeiten zu berücksichtigen, sondern auch die Auswirkungen auf die Entwicklung, die Gesellschaft, die Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter und die Umwelt, und unterstreicht die Bedeutung der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik;

²⁰ A/HRC/17/31, Anhang. In Deutsch verfügbar unter <https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/UN-Leitprinzipien-DE.pdf>.

Internationale Zusammenarbeit

19. *bekräftigt*, dass der internationalen Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle zukommt, wenn es darum geht, die Entwicklungsländer, namentlich die am wenigsten entwickelten Länder, bei der Stärkung ihrer personellen, institutionellen und technologischen Kapazitäten zu unterstützen;

20. *unterstreicht*, dass die Süd-Süd-Zusammenarbeit ein wichtiges Element der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist, die die Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht ersetzt, sondern ergänzt, ist sich ihrer gestiegenen Bedeutung und ihrer besonderen Geschichte und Merkmale bewusst und betont, dass die Süd-Süd-Zusammenarbeit als Ausdruck der Solidarität zwischen den Völkern und Ländern des Südens auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Erfahrungen und Ziele angesehen werden soll und dass sie sich weiter von den Grundsätzen der Achtung der nationalen Souveränität, der nationalen Eigenverantwortung und Unabhängigkeit, der Gleichheit, der Nicht-Konditionalität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des gegenseitigen Nutzens leiten lassen sollte;

21. *betont*, dass die internationale öffentliche Finanzierung eine wichtige Ergänzung zu den Bemühungen der Länder um die Mobilisierung inländischer öffentlicher Mittel darstellt, besonders in den ärmsten und schwächsten Ländern mit begrenzten inländischen Ressourcen, dass eine wichtige Rolle der internationalen öffentlichen Finanzierung, einschließlich der öffentlichen Entwicklungshilfe, darin besteht, die Mobilisierung zusätzlicher Mittel aus anderen öffentlichen und privaten Quellen in Gang zu setzen, und stellt fest, dass die Geber öffentlicher Entwicklungshilfe ihre jeweiligen Zusagen bekräftigt haben, einschließlich der von vielen entwickelten Ländern eingegangenen Verpflichtung, die Zielvorgabe von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der Entwicklungsländer und 0,15 bis 0,2 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen;

22. *begrüßt* es, dass der Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe seit der Verabschiedung des Konsenses von Monterrey gestiegen ist, bekundet ihre Besorgnis darüber, dass viele Länder ihre Zusagen in Bezug auf die öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor unzureichend erfüllen, bekräftigt, dass der Einhaltung aller Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe nach wie vor entscheidende Bedeutung zukommt, würdigt die wenigen Länder, die ihre Verpflichtung auf den Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe beziehungsweise 0,15 bis 0,20 Prozent zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder erreicht oder übertroffen haben, fordert alle anderen Länder nachdrücklich auf, sich stärker um eine Erhöhung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe zu bemühen und zusätzliche konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Zielwerte für die öffentliche Entwicklungshilfe zu ergreifen, begrüßt den Beschluss der Europäischen Union, in dem sie ihre kollektive Verpflichtung bekräftigt, den Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe im Zeitrahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, und sich verpflichtet, kollektiv den Zielwert von 0,15 bis 0,20 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder binnen kurzer Frist und den Zielwert von 0,20 Prozent im Zeitrahmen der Agenda 2030 zu erreichen, und legt den Bereitstellern öffentlicher Entwicklungshilfe nahe, die Festlegung eines Zielwerts von mindestens 0,20 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erwägen;

23. *betont* die wesentliche Rolle der öffentlichen Entwicklungshilfe, wenn es darum geht, die Entwicklungsfinanzierung in den Entwicklungsländern zu ergänzen, effektiv einzusetzen und aufrechtzuerhalten und die Erreichung der Entwicklungsziele, einschließlich der international vereinbarten Entwicklungsziele, insbesondere der Ziele für nachhaltige Entwicklung, zu erleichtern, und begrüßt die unternommenen Schritte zur Verbesserung der

Wirksamkeit und der Qualität der Hilfe ausgehend von den Grundprinzipien der nationalen Eigenverantwortung, der Partnerausrichtung, der Harmonisierung, des ergebnisorientierten Managements und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht;

24. *begrüßt* es, dass Gruppen von Mitgliedstaaten als Beitrag zur Mobilisierung von Ressourcen für die soziale Entwicklung freiwillige Initiativen ergriffen haben, die sich auf innovative Finanzierungsmechanismen stützen, einschließlich derjenigen, die darauf gerichtet sind, den Entwicklungsländern auf dauerhafter und berechenbarer Grundlage breiteren Zugang zu erschwinglichen Medikamenten zu verschaffen, wie etwa die Internationale Fazilität zum Kauf von Medikamenten (UNITAID) sowie andere Initiativen, beispielsweise die Internationale Finanzfazilität für Immunisierungen und die Vorabkaufverpflichtung für Impfstoffe;

25. *legt* den Regierungen *nahe*, Forschung und Entwicklung zu Impfstoffen und Medikamenten für übertragbare und nichtübertragbare Krankheiten, von denen hauptsächlich Entwicklungsländer betroffen sind, zu unterstützen, den Zugang zu bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen zu gewährleisten, im Einklang mit der Erklärung von Doha über das TRIPS-Übereinkommen und die öffentliche Gesundheit, die das Recht der Entwicklungsländer bekräftigt, die Bestimmungen in dem Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums über Flexibilitäten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit voll auszuschöpfen, und insbesondere den Zugang zu Medikamenten für alle zu gewährleisten;

26. *betont*, dass sich die internationale Gemeinschaft verstärkt darum bemühen wird, durch die Erweiterung des Marktzugangs für Entwicklungsländer, Technologietransfer zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen, Finanzhilfe und eine umfassende Lösung des Auslandsverschuldungsproblems ein für die soziale Entwicklung und die Armutsbeseitigung förderliches Umfeld zu schaffen;

27. *bekräftigt*, dass jedes Land die Hauptverantwortung für seine eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung trägt und dass die Rolle der nationalen Politiken und Entwicklungsstrategien nicht genug betont werden kann, und unterstreicht, wie wichtig es ist, wirksame Maßnahmen zu verabschieden, darunter nach Bedarf auch neue Finanzmechanismen, um die Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Herbeiführung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung, zur Beseitigung der Armut und zur Stärkung ihrer demokratischen Systeme zu unterstützen;

28. *betont*, dass die internationale Gemeinschaft die nationalen Verpflichtungen auf die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen unterstützen soll, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, und ist sich dessen bewusst, dass eine verstärkte internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, um die Ungleichheit zwischen und in Ländern weiter abzubauen und die Kapazitätsaufbauhilfe für Länder mit den knappsten Ressourcen zu erhöhen, damit sichergestellt wird, dass die Sozialausgaben bestimmte Zielvorgaben erreichen;

29. *bestätigt erneut* die Aktionsagenda von Addis Abeba und erkennt an, dass für erheblich mehr Investitionen zur Schließung von Finanzierungslücken gesorgt werden muss, etwa durch die Mobilisierung von Finanzmitteln aus allen Quellen, darunter die Mobilisierung und Zuweisung von Mitteln aus öffentlichen, privaten, nationalen und internationalen Quellen;

30. *bekräftigt*, dass die Kommission für soziale Entwicklung als Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats zur Förderung der integrierten Behandlung von Fragen der sozialen Entwicklung im System der Vereinten Nationen in regelmäßigen Abständen die Weiterverfolgung und Umsetzung der Kopenhagener Erklärung und des Aktionsprogramms

auf eine den jeweiligen Aufgabenbereichen und Beiträgen der zuständigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen entsprechende Weise überprüfen und den Rat diesbezüglich beraten wird;

31. *bekräftigt außerdem*, dass der Kommission für soziale Entwicklung auch weiterhin die Hauptverantwortung für die Weiterverfolgung und Überprüfung des Weltgipfels für soziale Entwicklung und der Ergebnisse der vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung² zukommt und dass sie als Hauptforum der Vereinten Nationen für einen intensiveren weltweiten Dialog über Fragen der sozialen Entwicklung fungiert, und fordert die Mitgliedstaaten, die zuständigen Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen und die Zivilgesellschaft auf, die Arbeit der Kommission verstärkt zu unterstützen;

32. *bekräftigt ferner* das Mandat der Kommission für soziale Entwicklung und dass die soziale Entwicklung bei den Diskussionen im Umfeld der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein Querschnittselement ist, und fordert die Mitgliedstaaten, die zuständigen Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die Zivilgesellschaft und die maßgeblichen Interessenträger auf, das hochrangige politische Forum über nachhaltige Entwicklung, das auf der Arbeit der Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats, einschließlich der Kommission für soziale Entwicklung, aufbaut, verstärkt zu unterstützen und dabei der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung integriert und miteinander verbunden sind;

33. *bekräftigt* die auf dem Weltgipfel 2005 in Bezug auf die Deckung der besonderen Bedürfnisse Afrikas eingegangenen Verpflichtungen²¹, unterstreicht die Aufforderung des Wirtschafts- und Sozialrats zu stärkerer Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sowie die aktuellen Anstrengungen zur Harmonisierung der laufenden Initiativen zugunsten Afrikas im Einklang mit der Agenda 2063 der Afrikanischen Union und ersucht die Kommission für soziale Entwicklung, in ihrer Arbeit den sozialen Dimensionen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas auch weiterhin den gebührenden Stellenwert einzuräumen;

34. *ersucht* die Fonds, Programme und Organisationen der Vereinten Nationen, die nationalen Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Herbeiführung einer inklusiven sozialen Entwicklung auch weiterhin auf kohärente und koordinierte Weise zu unterstützen, das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung und menschenwürdigen Arbeit für alle durchgängig in ihre Politik und ihre Programme und Aktivitäten zu integrieren sowie die Bemühungen der Mitgliedstaaten um die Erreichung dieses Zieles zu unterstützen, und bittet die Finanzinstitutionen, die diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen;

35. *bittet* den Generalsekretär, den Wirtschafts- und Sozialrat, die Regionalkommissionen, die zuständigen Sonderorganisationen, die Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen und andere zwischenstaatliche Foren, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats die in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen und die Erklärung über den zehnten Jahrestag des Weltgipfels für soziale Entwicklung²² weiter in ihre Arbeitsprogramme zu integrieren und ihnen Vorrang einzuräumen, weiter aktiv an ihrer Weiterverfolgung mitzuwirken und die Erfüllung dieser Verpflichtungen und Zusagen zu überwachen;

36. *fordert* die Kommission für soziale Entwicklung *auf*, im Kontext der Umsetzung der Kopenhagener Erklärung und des Aktionsprogramms sowie der Umsetzung der Agenda 2030

²¹ Resolution 60/1, Ziff. 68.

²² Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 2005, Supplement No. 6 (E/2005/26)*, Kap. I, Abschn. A; siehe auch Beschluss 2005/234 des Wirtschafts- und Sozialrats.

für nachhaltige Entwicklung auch künftig gegen Ungleichheit in allen ihren Dimensionen anzugehen, und bittet die Kommission, den Schwerpunkt auf den verstärkten Austausch nationaler, regionaler und internationaler Erfahrungen, den gezielten und interaktiven Dialog zwischen Sachverständigen und Fachleuten und die Weitergabe bewährter Verfahren und gewonnener Erkenntnisse zu legen;

37. *erwartet mit Interesse*, dass die Präsidentin der Generalversammlung vor der Tagung des hochrangigen politischen Forums im Jahr 2019 die thematische Aussprache auf hoher Ebene zum Thema inklusive Entwicklung und Ungleichheit in und zwischen Ländern einberuft;

38. *beschließt*, den Unterpunkt „Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung und der vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung“ mit einem besonderem Schwerpunkt auf der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der sozialen Entwicklung, mit besonderer Aufmerksamkeit auf einem allgemeinen und gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung unter dem Punkt „Soziale Entwicklung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer vierundsiebzigsten Tagung aufzunehmen, und ersucht den Generalsekretär, der Versammlung auf der genannten Tagung einen Bericht über diese Frage vorzulegen.

55. Plenarsitzung
17. Dezember 2018